



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. März 2023
Kantonsratspräsident Born Rolf

M 1071 Motion Spring Laura und Mit. über die Einreichung einer Kantonsinitiative zur Einführung einer Kriegsgewinnsteuer / Finanzdepartement

Die Motion M 1071 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Laura Spring hält an der Dringlichkeit fest.

Laura Spring: Ich spreche sowohl zur Motion M 1071 als auch zur Anfrage A 1072. Die Motion verlangt die Einreichung einer Kantonsinitiative zur Einführung einer Kriegsgewinnsteuer. Die Anfrage handelt von der Umsetzung der Sanktionen gegen Oligarchen im Kanton Luzern. Alle fünf Dringlichkeitskriterien sind erfüllt. Die Ukraine benötigt die finanzielle Unterstützung mittels einer möglichen Kriegsgewinnsteuer so rasch wie möglich. Die Umsetzung der Sanktionen läuft schweizweit nicht gut. Es gibt keine Informationen, wie weit der Kanton Luzern mit der Umsetzung der Sanktionen ist. Diese gilt es rasch umzusetzen, sonst haben sie auch keine Wirkung. Das hohe politische Gewicht ist mehr als gegeben. Der Krieg in der Ukraine hält an, und auch der Kanton Luzern trägt eine Verantwortung. Die Vorstösse zielen auf den kantonalen Spielraum ab, denn für die Umsetzung der Sanktionen ist der Regierungsrat zuständig. Die entsprechenden Informationen müssen möglichst rasch vorliegen und nicht erst dann, wenn der letzte Oligarch sein Geld abgezogen hat. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Reto Frank: Auf nationaler Ebene gibt es bereits eine parlamentarische Initiative vom 19. September 2022 von Balthasar Glättli von der Fraktion der Grünen. Er verlangt sogar mehr als Laura Spring mit ihrer Initiative, nämlich dass auch der Energie- und Rohstoffhandel sowie die Rüstungs- und Energieprodukte darin enthalten sein sollen. Die parlamentarische Initiative wurde bis heute nicht beraten. Es ist sehr schwierig, wie die vorliegende Motion umgesetzt werden soll. Die Abklärungen für den Weg einer gerechten Besteuerung sind noch nicht getroffen. Aus diesen Gründen ist die Dringlichkeit nicht gegeben. Die SVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Der schreckliche Krieg in der Ukraine ist eine Tatsache, die uns leider noch längere Zeit beschäftigen wird. Das hat aber nichts mit dem Antrag auf Dringlichkeit zu tun. Bei den beiden dringlichen Vorstössen handelt es sich um Themen, die nicht von heute auf morgen erledigt werden können. Über die Sanktionen haben wir in diesem Rat bereits diskutiert, und deshalb bringen die Vorstösse kein neues Thema. Beide Fragen erfordern Zeit in der Umsetzung, daher ist die dringliche Behandlung nicht gegeben. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 87 zu 22 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.